

# 1 Euro-Crash: Die Nebelschleier lichten sich, Teil 1

Die Wahlen in Frankreich und Griechenland öffnen den Vorhang zum letzten Akt für den Euro.

Von Hermann Patzak

## 1.1 Der Euro und seine Rettungsversuche sind gescheitert

Politik und Medien haben den Euro über Jahre hinweg mystifiziert. Nun sind es die vergeblichen Rettungsanstrengungen, die ihm sein wohlverdientes Ende bereiten werden. Seine Ziehväter und Nutznießer zerstreiten sich darüber, wie er doch noch gerettet werden könnte. Nachdem alle bisherigen Bemühungen die Krise noch verschärft haben, startet eine neue Art von „Visionen“ der getriebener Euro-Retter, um das Unmögliche auf einem anderen Weg zu erreichen. Ihr Schlagwort heißt: „intelligente“ Wachstumsinitiativen<sup>1</sup>. Damit meinen sie Wachstum, das nicht über Schulden finanziert wird.

Doch wie soll das gehen? Wie soll das Sozialprodukt (Bruttoinlandsprodukt) in einer Volkswirtschaft steigen, wenn nicht durch zusätzliche Ausgaben, durch die zusätzliches Einkommen entsteht? Wer mehr ausgibt als er hat, muss Schulden machen! Für die Sozialisten mit dem geistigen Horizont aus dem 19. Jahrhundert bietet sich natürlich noch eine Möglichkeit: Man braucht den Reichen nur zu nehmen, was die ohnehin nicht ausgeben, z.B. über höhere Steuern. Doch hier und heute müssten sie den „reicheren“ Volkswirtschaften nehmen und den ärmeren geben. Das trifft insbesondere die große Zahl der Geringverdiener in den „reicheren“ Volkswirtschaften. Das zu fordern wird selbst den deutschen Sozialisten schwer fallen, denn gerade sie sind auf die Stimmen „dieser kleinen Leute“ angewiesen.

Die Wahlen in Frankreich und Griechenland haben die Nebelschleier und Illusionen der Euro-Mythologie weggefegt und machen den Blick frei auf eine „Trümmerlandschaft“, die der Euro-Fanatismus der politischen Eliten in Europa angerichtet hat. Die Erfolglosigkeit der bisherigen Euro-Rettungsversuche lässt die Gegensätze aufbrechen, die dieser Währungsunion von Anfang an innewohnten. Dabei war gerade die Überwindung der überkommenen nationalen Animositäten und Gegensätze in Europa das vordergründig proklamierte Ziel des „Friedens-Projektes Euro“.

Solange (vermeintlich) alle Euro-Länder von der gemeinsamen Währung profitierten, schien der Euro ein Erfolgsprojekt zu sein. Doch nicht alle Teilnehmerländer profitierten wirklich. Jenen, die das Projekt finanzierten, redete man diesen Profit nur ein. Und sie glaubten es unter dem massiven „Trommelfeuer“ der Meinungsmacher aus Politik und Medien. Betroffen sind insbesondere Deutschland und die Deutschen. Sie sind mit Abstand die wichtigsten und größten Nettozahler in die EU-Kassen! Sie haben nach der Einführung des Euro empfindliche Wachstums- und Wohlstandsminderungen hinnehmen müssen. Das haben die Meinungsmacher dem Volk verschwiegen. Der Mann von der Straße, der die Folgen täglich erleidet, weiß es immer noch nicht: Der Euro war die Ursache für die ökonomische Verarmung der Deutschen seit 1995<sup>2</sup>, mit all ihren Varianten sozialen Niedergangs im Lohnsektor, bei den Renten und in der sozialen Fürsorge.

---

<sup>1</sup> José Manuel Barroso, EU-Kommissionspräsidenten, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.05.2012 Seite 9.

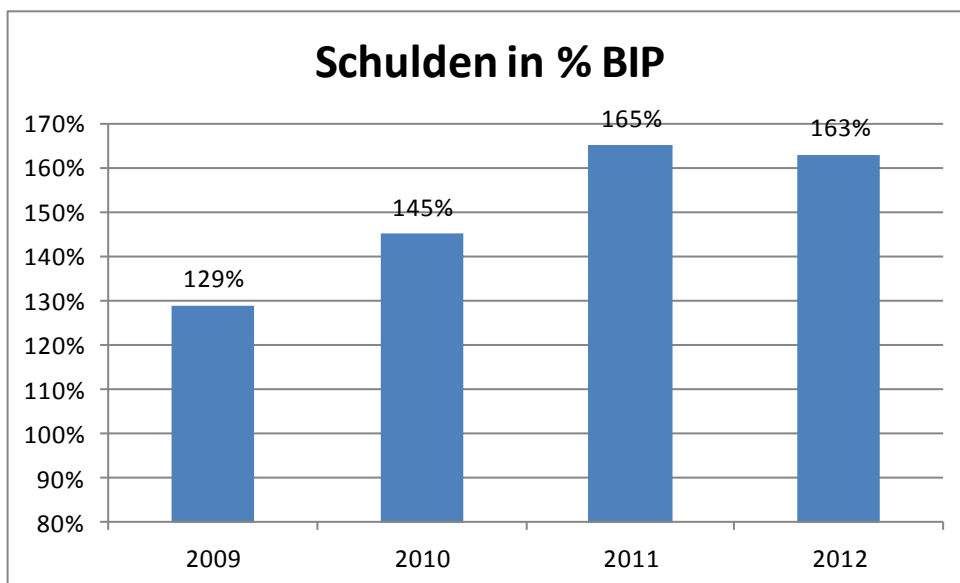
<sup>2</sup> Von da an haben die Finanzmärkte das Euro-Projekt in ihre Planungen eingespeist!

Seit Ausbruch der Euro-Krise haben die Euro-Protagonisten trotzdem die Mär verbreitet, dass der Euro um jeden Preis gerettet werden müsse. Doch dieser Preis steigt ständig und die Rettung rückt in immer weitere Ferne. Staatsschulden, Leistungsbilanzdefizite und Arbeitslosenzahlen steigen unter den Rettungsschirmen weiter an, während das Volkseinkommen (Bruttoinlandsprodukt, kurz BIP genannt) in den betroffenen Euro-Ländern weiter abstürzt. Am Beispiel Griechenlands veranschaulichen wir die Entwicklung<sup>3</sup>: **Der Euro und die Wirklichkeit**

Griechenland hat seit Anfang Mai 2010 im Rahmen zweier sog. Rettungsschirme Kredite zu Vorzugszinsen in Höhe von 240 Mrd. Euro erhalten, dazu kam ein privater Schuldenerlass in Höhe von 100 Mrd. Euro, außerdem hat das Land im Rahmen des EZB Zahlungsverkehrssystems Target 2 Kredite aufgenommen, die allein bei der Deutschen Bundesbank die Summe von 28,8 Mrd. Euro<sup>4</sup> erreicht haben. Damit bezahlen die Griechen ihre Leistungsbilanzdefizite. Sie haben damit „Überbrückungsgelder“ von über 370 Mrd. Euro erhalten, hinzu kommen noch die jährlichen EU-Zahlungen aus Struktur- und Agrarfonds. Und was haben sie daraus gemacht?

Sie hätten damit ihre bisherigen Schulden verringern sollen. Dazu hat man ihnen die Auflage gemacht, die Staatsausgaben zu senken, die Steuern zu erhöhen, die Wirtschaft mittels Reformen leistungsfähiger (produktiver) zu machen und auch durch den Verkauf staatlichen Vermögens zusätzliches Geld einzusammeln. Was dabei bis heute – Mai 2012 – herausgekommen ist, zeigen die nachstehenden Graphiken:

Die Schuldenentwicklung:

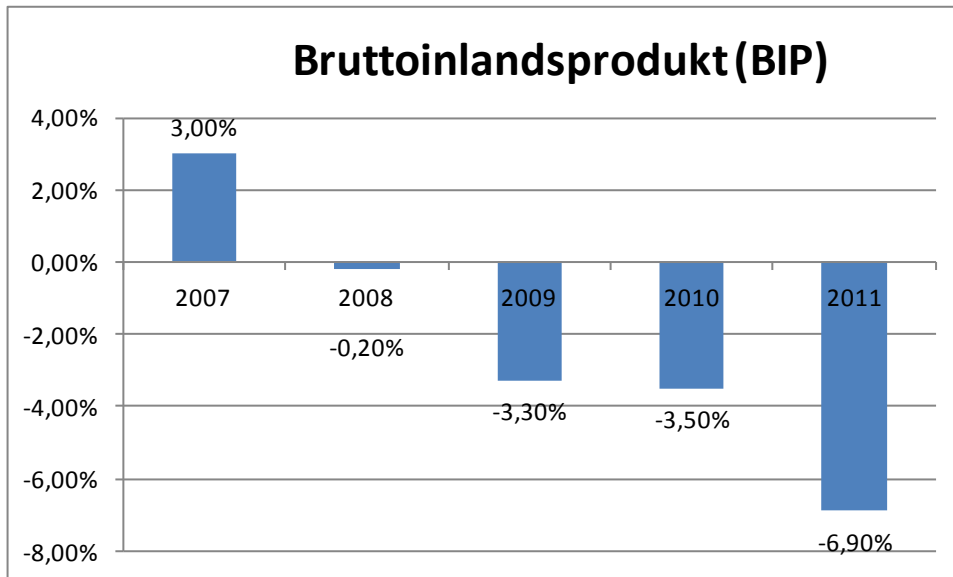


Die Schulden sind seit 2009, gemessen am BIP, von 129% auf 165% des BIP gestiegen, für das Jahr 2012 wurde eine Quote von 163 Prozent prognostiziert.

Das BIP (Volkseinkommen) ist seit Beginn der Finanzkrise negativ, nach dem Anlaufen der Rettungsmaßnahmen ist es noch schneller abgestürzt. Das Ausmaß zeigt die nachstehende Graphik.

<sup>3</sup> Zahlen aus Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.05.2012 Seite 16.

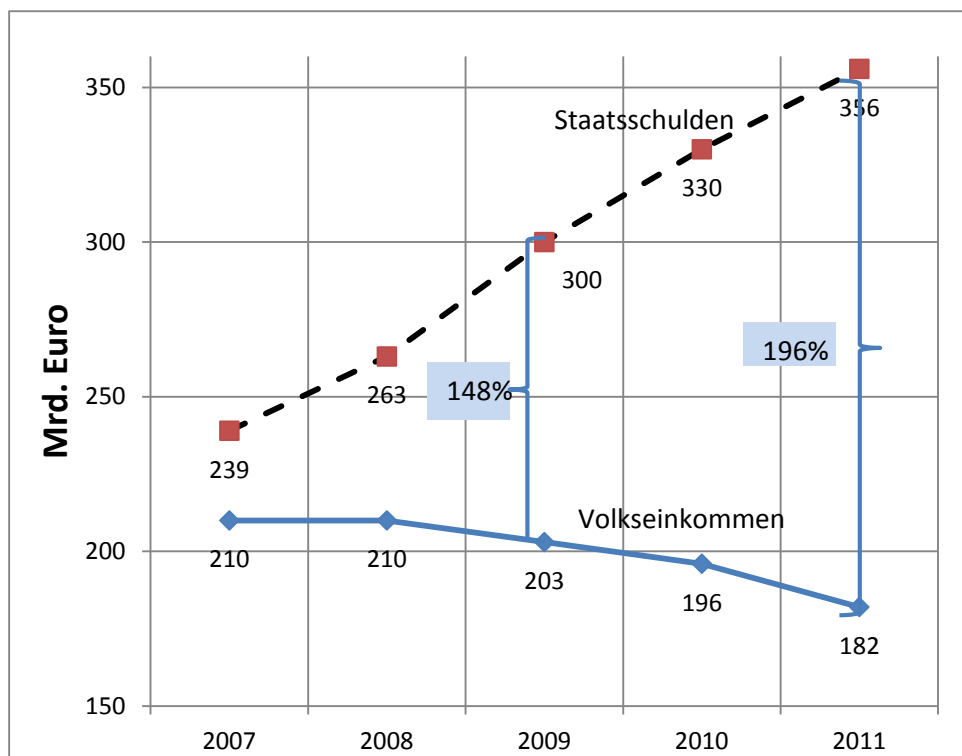
<sup>4</sup> Der Spiegel 2012, Nr. 20, Seite 25.



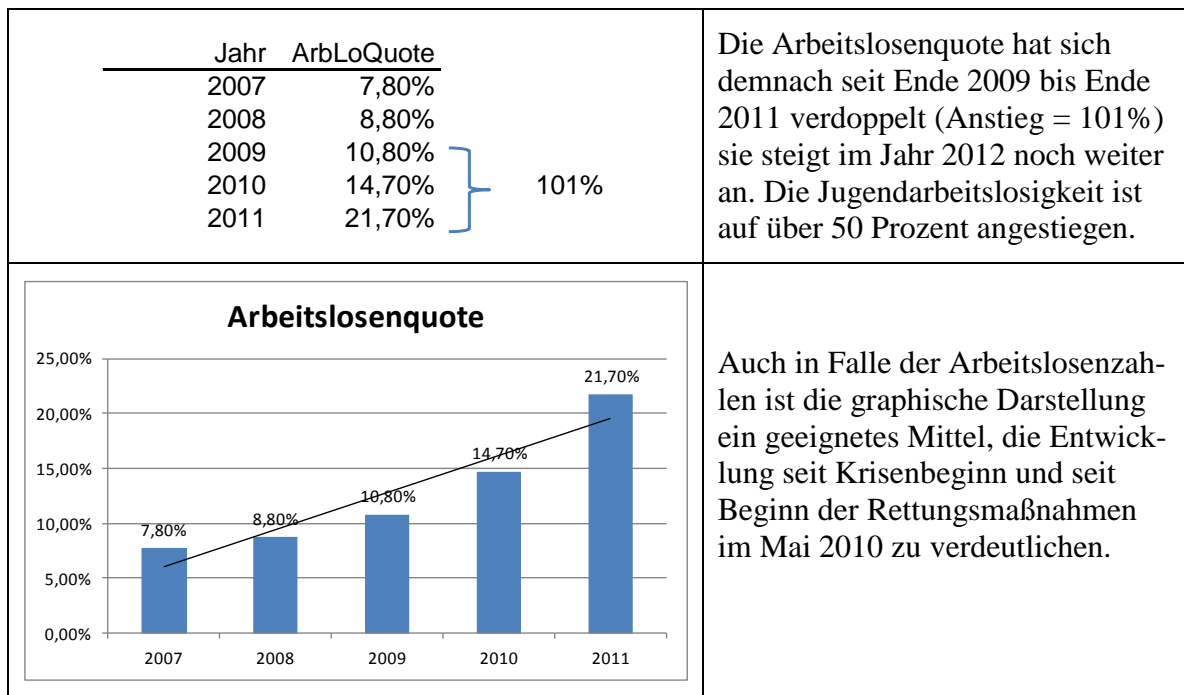
Staatsschulden und Volkseinkommen klaffen immer weiter auseinander, dabei waren die Hilfskredite als Überbrückungsmaßnahmen gedacht. Man wollte mit ihnen Zeit gewinnen, in der sich die griechische Wirtschaft erholen sollte, um die Schulden abbauen zu können.

Wie weit die Schere zwischen Volkseinkommen und Staatsschulden mittlerweile auseinanderklafft, wird noch deutlicher, wenn wir die **Entwicklung in absoluten Zahlen** (in Mrd. Euro) betrachten:

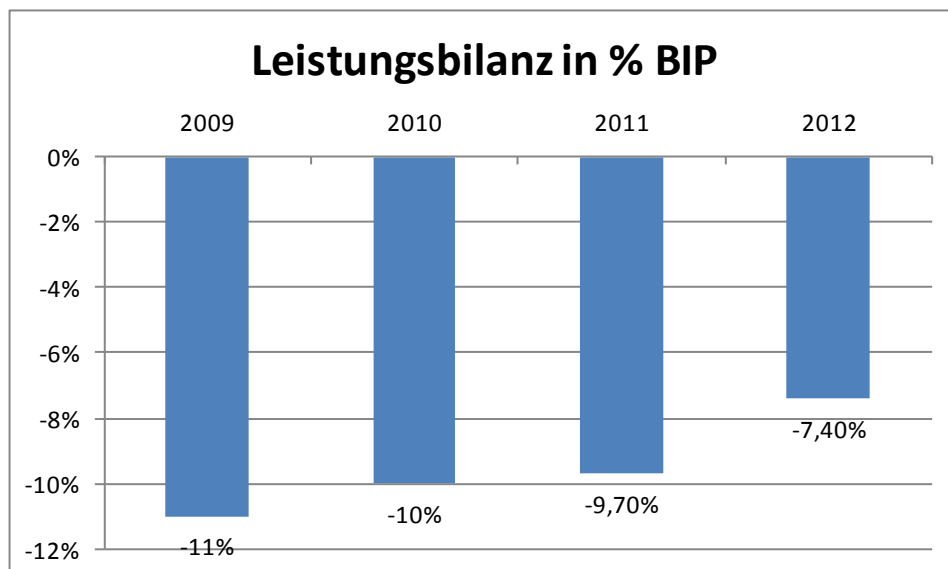
Die Schere zwischen Staatsschulden und Volkseinkommen:



Die Staatsschulden waren Ende 2011 annähernd doppelt so hoch, der Fall des Sozialproduktes (Volkseinkommens) hält weiter an. Diese Entwicklung musste sich natürlich auch auf die **Arbeitslosenquote** auswirken, die in der nachstehenden Tabelle aufgezeigt wird:



Das vierte Krisenmerkmal ist das **Leistungsbilanzdefizit**. In der Leistungsbilanz werden die Importe aller Güter und Leistungen den Exporten gegenübergestellt. Die gemeinsame Währung „Euro“ erlaubte es allen Euro-Ländern, mehr zu importieren als sie exportierten. Wenn das souveräne Volkswirtschaften mit eigener Währung tun, werden sie durch Abwertung ihrer Währung abgestraft, so dass sich ihre Importe verteuern und automatisch reduzieren. Dieser Marktmechanismus wurde durch den Euro außer Kraft gesetzt. Die Leistungsbilanz Griechenlands zeigt nachstehende Graphik:



Trotz erheblich gesunkenen Volkseinkommens haben die Griechen im Ausland weiter mehr eingekauft, als sie sich leisten konnten. Auch im Jahr 2012 wird der der Leistungsbilanzsaldo Griechenlands wieder negativ sein. Ob er tatsächlich nur um -2,3 Prozent (im Vergleich zum Vorjahr) sinken wird, kann man nach den negativen Erfahrungen mit den Prognosen der griechischen Statistiken durchaus in Frage stellen

Die Kredite zur Bezahlung der Importüberschüsse hatte den Griechen, wie den anderen Leistungsbilanzdefizitländern der Euro-Zone auch, anfangs die internationale Finanzindustrie gegeben. Diese ist mehrheitlich Eigentümer der großen Banken sowohl in Deutschland als auch in den übrigen Euro-Ländern. Als den Banken das Rückzahlungsrisiko mit fortschreitender Krise zu groß geworden war, hatten sie die Kreditvergabe eingestellt. Von da an gewährte die EZB, d.h. ihre Filial-Unternehmen – die Nationalen Notenbanken der einzelnen Euro-Länder – diese Kredite im Rahmen des Zahlungsverkehrsystems Target 2. Das erlaubt den Notenbanken der Defizitländer die Geldschöpfung durch Kreditaufnahme bei den Notenbanken der Exportüberschussländer, die das nach den EZB-Statuten nicht verhindern können. Die Deutsche Bundesbank hat auf diese Weise bis Ende April 2012 insgesamt Forderungen von 644 Mrd. Euro (gegenüber allen Euro-Leistungsbilanz-Defizitländern) angesammelt.

Soweit also die Ergebnisse der vergeblichen Euro-Rettungsbemühungen im Falle Griechenlands. Einen ähnlichen Niedergang erlebten auch die anderen Konkurskandidaten der Währungsunion. Sie unterscheiden sich nur in der Gewichtung der oben genannten **vier Defizitfelder**. In Spanien und Irland sind weniger die Leistungsbilanz- und Staatsdefizite, sondern die hohen Bank- und Privatschulden die neuralgischen Punkte der Entwicklung. Doch auch sie bedrohen die Zahlungsfähigkeit des ganzen Staates, der die im Land residierenden Banken retten muss, weshalb er in gleicherweise in Zahlungsnot kommt.

© [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de)

29.05.2012

Teil 2 dieser Artikelfolge: „Die Nebelschleier lichten sich“ behandelt die Themen: „Missachtung ökonomischer Gesetze“ sowie „Parteiinteressen und imperiale Vorteile“. Er wird am 01.06. 2012 auf dieser Weltnetz-Seite veröffentlicht.